



Dezernat I

**Stabsstelle Partizipation und Integration**

Datum 23.06.2022

Gz. I/107/be-10.00.4-  
183290/2022

Telefon 56-4480

Behandlung	Gremium	Datum	Status
Entscheidung	Gemeinderat	30.06.2022	öffentlich

Anlagen

Antrag der Fraktionen B90/Die Grünen und SPD vom 28.04.2022

Betreff

**Teilnahme der Stadt Heilbronn am Bundesprogramm "Partnerschaften für Demokratie"****I. Antrag**

Kenntnisnahme

**II. Sachverhalt**

Im Verwaltungsausschuss am 20.06.2022 wurde um weitere Erläuterungen zum Programm „Partnerschaften für Demokratie“ gebeten, die nachfolgend aufgeführt sind.

Weitere Hintergrundinformationen zum Programm:

Das Dachprogramm „Demokratie leben!“ wird von der Bundesregierung als wichtige Strategie zur Förderung von Demokratie und zur Entwicklung von Maßnahmen gegen Extremismus definiert. Dies beinhaltet jede Form von Extremismus.

Die Themen und damit auch die für die finanzielle Förderung vorgeschlagenen Projekte werden vom Begleitausschuss festgelegt, der sich mehrheitlich aus zivilgesellschaftlichen Akteuren zusammensetzen muss. Bereits im Prozess wird daher Demokratie erlebbar. Durch die Initiative aus der Gesellschaft heraus wird eine stärkere Wirkung in die Gesellschaft hinein erreicht, als wenn Projekte nur über die Kommunen angeboten werden würden. Beispiele für Projekte oder präventive Maßnahmen aus anderen Kommunen sind:

Beispiele aus anderen Kommunen:**Stuttgart**

- Workshopreihe „Demokratie erleben & gestalten“
- Vernetzungstreffen und Mitmachaktion am Tag der Menschenrechte
- Podcastreihe „Ich bin Antifaschist\*in!“
- Diskussionsformat „Kaffee und Klartext“ von Schüler:innen für Schüler:innen

Weitere Beispiele: <https://partnerschaft-fuer-demokratie-stuttgart.de/>

### **Stadt- und Landkreis Karlsruhe**

- Ausstellung „70 Jahre Menschenrechte – deine Rechte!“
- Interviews zum Thema „Demokratie – wen juckt’s?“ mit anschließendem Filmprojekt
- Vortrag für Schulklassen „Flüchtlinge in Deutschland“
- Workshop „Hautnah – ein Ex-Rechtsextremist berichtet“

Weitere Beispiele: <https://www.demokratie-ka.de/projekte/>

### **Mannheim**

- Veranstaltungen im Rahmen der „**einander.Aktionstage**“, u.a. mit Vorträgen, Workshops oder Fachtagungen

Weitere Beispiele: <https://einander-aktionstage.de/>

### **Heidelberg**

- Impulsvortrag und Podiumsdiskussion „Zwischen Allianz und Konkurrenz: Minderheiten und ihre Repräsentation in einer pluralen Demokratie“
- Aktionstag „Tag des Widerstands – Gegen das Vergessen der Anschläge von Hanau“
- Heidelberger Antidiskriminierungsgespräche – Podcastreihe
- Vortragsreihe „UFFBASSE – Wie viel digitale Bildung brauchen Kinder und Jugendliche“

Weitere Beispiele: <https://mosaik-deutschland.de/projekte/plurales-hd/angebote/>

### **Tübingen**

- Empowerment Training für Jugendliche und junge Erwachsene POC (People of Colour)
- Radiosendereihe zu (Anti-)Diskriminierungsthemen
- Tübinger Islamgespräche
- Stadtspaziergang „Tübingen aus Trans\*-Perspektive“

Weitere Beispiele: <https://takt.online/>

### **Reutlingen**

- Engagement bei den Internationalen Wochen gegen Rassismus
- Veranstaltung „Rassismus und Kolonialismus heute – Realitäten, Spuren und Visionen in Reutlingen“

Weitere Beispiele: <https://www.reutlingen.de/partnerschaft-demokratie>

### Kooperationspartner:

Das Demokratiezentrum Heilbronn konnte seit seinem Bestehen viele unterschiedliche Kooperationspartner gewinnen, die die Themen Demokratieförderung und Extremismusprävention aktiv angehen wollen. Sie sind demnach auch potentielle Mitglieder des Begleitausschusses und des Jugendforums. Dazu gehören zum Beispiel:

- adi.hn (Antidiskriminierungsstelle Heilbronn)
- Betriebsseelsorge
- Diakonie, Abteilung Migration und Flucht
- DRK Kreisverband Hohenlohe
- Heilbronner Quartierszentren
- Initiative „Heilbronn sagt Nein“
- Initiative "Wehret den Anfängen!"
- Netzwerk gegen Rechts
- RAA Berlin e.V.
- Schulen aus dem Stadt- und Landkreis Heilbronn, sowie Akteure der Schulsozialarbeit
- Stadt- und Kreisjugendring e.V.
- ver.di Jugend
- Welcome Center Heilbronn-Franken

Um die Heilbronner Jugend repräsentativ abzubilden, können im Rahmen von „Partnerschaften für Demokratie“ neben dem Jugendgemeinderat, Vertretungen der Schülermitverwaltungen (SMV) oder den Quartierszentren auch betriebliche Interessenvertretungen von Jugendlichen (z. B. JAV) eingebunden werden.

Viele der o. g. Kooperationspartner haben finanziell jedoch nicht oder nur begrenzt die Möglichkeit, eigene Maßnahmen im Bereich der Demokratieförderung umzusetzen. So sind zum Beispiel Schulen und Schulsozialarbeiter eine wichtige Stellschraube in der Demokratiearbeit und Themen wie Demokratieförderung und politische Partizipation sind grundsätzlich Bestandteil des Curriculums. Um diese nachhaltig mit Aktivitäten verankern zu können, fehlt es den Schulen jedoch oft an personellen wie auch finanziellen Ressourcen. Kleinere Initiativen erhalten zum Teil gar keine finanzielle Unterstützung ohne ein gezieltes Förderprogramm. Über das Demokratiezentrum können keine Förderprogramme ausgeschrieben werden. Das Demokratiezentrum kann vernetzen und Projekte initiieren, für gezielte Projektförderungen gibt es das Programm „Partnerschaften für Demokratie“, das niederschwellige Maßnahmen zu demokratischen und antidiskriminierenden Projekten sowohl für Jugendliche als auch für Erwachsene fördert.

#### Mögliche Maßnahmen in Heilbronn:

Erste Überlegungen für mögliche Maßnahmen in Heilbronn aus bisherigen Gesprächen wären:

- Erweiterung und Etablierung eines Kindergipfels im zweijährigen Turnus für alle Heilbronner Grundschulen
- Erweiterung der regionalen Jugendkonferenz, die zweijährig stattfindet und zur Teilnahme am Jugendlandtag in Stuttgart führt
- Ausbau und Verstetigung von Safer Spaces (geschützte Treffen für Betroffene), z. B. gegen Rassismus, sowie finanzielle Unterstützung und fachliche Begleitung der Anbieter
- Informationsveranstaltungen zu Wahlen und zu weiteren Demokratiethemata in Migrant\*innenorganisationen und Vereinen
- Projekte im Rahmen der „Wochen gegen Rassismus“
- Projekte im Rahmen von „Schulen ohne Rassismus“
- Projekttag und Workshops an Schulen, in welchen ergänzend zum Curriculum Demokratie erlebbar gemacht wird
- Aktionstage oder Aktionen zu den Themen Demokratie, Vielfalt und Teilhabe

Welche Maßnahmen und Themen für jedes Förderjahr ausgeschrieben werden, können jedoch nicht von der Kommune, sondern nur vom Begleitausschuss vorgegeben werden. Dieser setzt die Akzente und Schwerpunkte des Förderbereichs.

Weitere Hintergrundinformationen zur einzurichtenden Stelle:

Für die Umsetzung des Programms „Partnerschaften für Demokratie“ ist vorgegeben, dass eine Stelle mit dem Umfang von mindestens 50 % (VZÄ) als Eigenanteil von der teilnehmenden Kommune einzurichten ist. Wie diese fachlich zu besetzen ist, ist nicht näher definiert. Aufgrund des hohen Verwaltungs- und Abrechnungsaufwandes gegenüber dem Bund ist ein Bachelor-Abschluss in den Studiengängen öffentliche Verwaltung, Soziologie oder Politologie bzw. vergleichbare Abschlüsse zu empfehlen. Daneben sind berufliche Erfahrungen in der öffentlichen Verwaltung und Abwicklung von Projekten sowie in der Begleitung von Ausschüssen oder Beiräten wichtig.

Auch die Vorgaben der Koordinierungs- und Fachstelle bei einem externen Träger sind seitens des Bundesprogramms offen. Dieses schreibt lediglich vor, dass der Träger selbst, wie auch die Mitarbeitenden fachlich geeignet sein müssen, um die Aufgaben im Rahmen des Projekts sachgerecht und ordnungsgemäß umzusetzen. Die entsprechende Auswahl über eine vorherige Ausschreibung sowie die Festlegung der Kriterien, liegt in der Verantwortung der kommunalen Stelle.

Um das Programm umsetzen zu können ist die Einrichtung einer zusätzlichen städtischen Stelle notwendig, da bestehendes Personal hierfür nicht in Anspruch genommen werden kann.

Die zentralen Aufgaben der städtischen Projektstelle sind:

- Zentraler Ansprechpartner gegenüber dem Bund in Bezug auf das Programm
- Berufung, Gestaltung und Organisation der Koordinierungs- und Fachstelle beim externen Träger, des Begleitausschusses sowie der Jugendbeteiligung
- Antragstellung gegenüber dem Bund sowie die Abrechnung der Fördermittel mit der Erstellung von Verwendungsnachweisen
- Weiterleitung der Projektmittel an Dritte, mit vorheriger Prüfung auf Förderkonformität (sachlich und inhaltlich)
- Ansprechpartner für den externen Träger mit Absprachen z. B. zur Öffentlichkeitsarbeit
- Unterstützung laufender Projekte als Ansprechperson der Kommune (Verweisberatung, Kopplung mit weiteren Maßnahmen der Verwaltung etc.).

Erfahrungen aus bereits laufenden Partnerschaften für Demokratie aus anderen Kommunen zeigen, dass der Stellenumfang von 50% dem o. g. Aufgabenumfang entspricht. Je nach Projektphase kann der Arbeitsumfang schwanken. Vor allem zu Beginn des Projekts, wenn die Projektstrukturen mit der Vernetzung und dem Begleitausschuss geschaffen sowie die Trägerausschreibung erfolgen muss, wird der Arbeitsaufwand den Stellenumfang eher überschreiten. Auch der Verwaltungsaufwand bei Projektabrechnungen mit dem Bund sind in der Regel sehr umfangreich, sodass hier ebenfalls ein erhöhter Zeitaufwand nötig sein wird. Die genannten Aufgaben werden innerhalb der Stabsstelle Partizipation und Integration daher intern so

abgestimmt werden, dass bei Mehrarbeit eine Unterstützung vom vorhandenen Personal erfolgen kann, im Gegenzug aber auch bei Beteiligungsmaßnahmen eine Unterstützung durch die neue Stelle erfolgt, wenn weniger Aufgaben anfallen sollten.

Der Beschluss zur Drucksache 165/2022 befasst sich mit der Teilnahme am Bundesprogramm „Partnerschaften für Demokratie“ für die bereits laufende Förderperiode 2020 bis 2024. Ein Einstieg innerhalb der Förderperiode wurde vom Bund in Vorabgesprächen in Aussicht gestellt. Die Einrichtung der städtischen Projektstelle ist demnach befristet bis zum 31.12.2024. Bewährt sich in dieser Zeit die Teilnahme am Programm für Heilbronn und auch die Zusammenarbeit mit dem externen Träger, ist ein Folgeantrag für die darauffolgende Förderperiode grundsätzlich möglich. Hierfür wäre ein Folgebeschluss durch den Gemeinderat zur Verlängerung der Teilnahme am Programm erforderlich.

### **III. Finanzwirtschaft**

-

### **IV. Bürgerbeteiligung/Vorhaben**

-